

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Pflegeoffensive für eine verantwortungsvolle pflegerische Versorgung im Land Brandenburg auch in der Zukunft

Der Landtag stellt fest:

Die demografische Entwicklung stellt das Land Brandenburg vor besondere Herausforderungen in der Pflege. Sowohl die Anzahl der Pflegebedürftigen als auch ihr Anteil an der Bevölkerung werden ungleich stärker als in anderen Bundesländern steigen. Im Jahre 2030 wird ein Anstieg der Pflegebedürftigen auf 163.000 prognostiziert, was im Vergleich zum Jahre 2011 eine Steigerung um rund 70 Prozent bedeutet.

Diese Entwicklung führt nicht nur zu Herausforderungen bzgl. der personellen, sondern auch der finanziellen Absicherung der Pflege. Die Anzahl der benötigten Beschäftigten in der Pflege wird bei stabil bleibender Versorgungsstruktur auf 54.000 Arbeitskräfte im Jahre 2030 geschätzt, der Anstieg der Sozialhilfekosten für die „Hilfe zur Pflege“ auf bis zu 300 Millionen Euro im Jahr.

Die bisherige Entwicklung im Zeitraum von 1999 bis 2011 hat gezeigt, dass das Land Brandenburg einen Anstieg Pflegebedürftiger um rund 50 Prozent gut bewältigte. Dabei wurde der Ansatz „ambulant vor stationär“ erfolgreich umgesetzt, wie der bundesweite Spitzenwert von 77 Prozent Anteil der häuslichen Pflege eindrücklich zeigt. Als besonders positive Entwicklungen sind dabei der Aufbau von 19 Pflegestützpunkten, die Arbeit von fast 2.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Betreuungsgruppen und Helferinnenkreise für Menschen mit Demenz, die große Inanspruchnahme der Tagespflegeangebote sowie der Ausbau ambulant betreuter Wohngemeinschaften zu nennen.

Brandenburg ist auf einem guten Weg, steht jedoch aufgrund der demografischen Entwicklung weiterhin vor großen Aufgaben.

Ziel ist es, älteren und pflegedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem vertrauten Wohnumfeld und qualifizierte gute Pflege zu gewährleisten, sowie ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Der Landtag bekräftigt die vom Landtag der 5. Wahlperiode in seiner Sitzung am 25. Juni 2014 angenommene Entschließung „Die demografischen Herausforderungen in der Pflege gemeinsam bewältigen“ (DS 5/9286-B) und

bittet die Landesregierung,

1. sich der Pflegepolitik im Land als gesamtgesellschaftliche, ressortübergreifende, prioritäre Aufgabe zu widmen und die Politik des aktiven und gesunden Alters fortzusetzen.
2. eine Pflegeoffensive in Form eines pflegepolitischen Aktionsprogramms mit zielgerichteten nachhaltigen Maßnahmen zu entwickeln und damit einen praktikablen Lösungsweg zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben aufzuzeigen.

Dabei sind der Landespflegeausschuss sowie weitere Akteure der Pflege und Behindertenhilfe einzubeziehen.

Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Brandenburger Fachkräftestudie Pflege sind hierbei zu berücksichtigen sowie auch die in der genannten Entschließung gelegten Schwerpunkte für eine Sicherung und Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung im Land:

- Die Unterstützung pflegender Angehöriger durch Beratung, Schulung und Entlastung sowie die Erleichterung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.
 - Die Unterstützung der lokalen professionellen und ehrenamtlichen Akteure bzgl. Beratung, Fachaustausch und praktischer Unterstützung bei der altersgerechten Gestaltung der Sozialräume.
 - Die Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege sowie des qualifikationsgerechten Einsatzes der Pflegefachkräfte.
3. auf Bundesebene weiterhin für eine umfassende Pflegereform einzutreten, insbesondere für eine Reform der Pflegeausbildung und die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes.
 4. dem Landtag bis Ende II. Quartal 2016 über den Entwicklungs- und Umsetzungsstand der Pflegeoffensive zu berichten.

Begründung:

Immer mehr Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf wünschen sich, in der eigenen Häuslichkeit im gewohnten Umfeld verbleiben zu können und dort qualifiziert und würdevoll versorgt zu werden. Die demografische Entwicklung stellt jedoch gerade ein Flächenland wie das Land Brandenburg vor große Herausforderungen, was die Versorgung ihrer pflege- und unterstützungsbedürftigen Bürgerinnen und Bürger anbelangt. Dieses bedarf eines gemeinsamen, durchdachten und koordinierten Handelns des Landes, der Kommunen, der Kranken- und Pflegekassen, der professionellen Unterstützungsstrukturen sowie der Zivilgesellschaft.

Die Sicherung der Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Für die SPD-Fraktion
Klaus Ness

Für die Fraktion DIE LINKE
Margitta Mächtig